Erfolgreicher Start für die Nordstadt

Genossenschaft startet mit 54 000 Mark Kapital

Stadt bietet erstes Haus in der Strangriede an / Vorstand und Aufsichtsrat gewählt

Die Wohnungsgenossenschaft Nordstadt – kurz „Woge" genannt – hatte am Montagabend in der Bürgerschule einen erfolgreichen Auftakt. Insgesamt 54 Frauen und Männer riefen als Genossinnen und Genossen die neue, auf Selbsthilfe ausgerichtete Genossenschaft ins Leben, unter ihnen auch der SPD-Landtagsabgeordnete Heiner Aller sowie mehrere Rats- und Bezirksratsmitglieder von SPD und GABL. Die Gründungsversammlung wählte Brigitte Nieße, Enno Hagenah und Herbert Paselk für zwei Jahre als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder. Die Woge will, so Hagenah, möglichst umgehend in der Bürgerschule ein Büro eröffnen. Unterdessen hat die Stadt der Genossenschaft das Haus Strangriede 51 zur Übernahme angeboten.

Das Interesse an dieser Genossenschaftsgründung – erst der zweiten hannoverschen in den letzten 40 Jahren – war ausgesprochen groß. Mehr als 100 Besucher und künftige Genossenschaftsmitglieder drängten sich im Versammlungsraum der Bürgerschule, wo am Montagabend der seit langem vorbereitete Akt unter juristischer Begleitung des Rechtsanwaltes Thomas Dessel über die Bühne ging. Mit der angesichts der Unruhe im Saal notwendigen Bemerkung „Wir müssen künftig ohnehin mit erhobener Stimme reden", leitete Enno Hagenah von der Mietergruppe Nordstadt als Moderator die knapp dreistündige Versammlung ein. Die „Geburtshelfer", gemeint waren die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe, die sich aus SPD, GABL und Mietergruppe zusammengesetzt hatte, habe ihre Schuldigkeit getan, nun müßten die künftigen Genossen selbst entscheiden, erklärte Hagenah, der noch einmal kurz die Ziele der Woge erläuterte.

Die allerdings waren den meisten der Anwesenden längst bekannt, zumal die Woge-Initiatoren auch für ausführliche Flugblattinformationen im Stadtteil gesorgt hatten. Die Bewohner der Genossenschaftshäuser sollen weitgehend selbst über die Planung und Nutzung ihres Wohnraumes entscheiden, die Mieten sollen langfristig stabil gehalten werden und Wohnraumspekulation durch „gemeinschaftsorientierte" Verfügung des Wohnraumes verhindert werden. „Das heißt auch, daß wir langfristig den Mietspiegel der Nordstadt senken wollen", betonte Hagenah, während Klaus Haberman-Nieße deutlich machte, daß man in erster Linie bei der Übernahme von Gebäuden auf die den Hauseigentümern im Sanierungsgebiet zustehende Modernisierungsförderung der öffentlichen Hand und auf die Selbsthilfe der Mieter setze. „Natürlich können wir nicht jede Schabracke übernehmen, die Häuser müssen schon im Zustand lebensfähig sein", meinte Habermann-Nieße. Sofern Modernisierung und Instandsetzung mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, müsse man sich auch in den Genossenschaftswohnungen an die von der Stadt vorgegebenen Richtlinien für Mieten halten.

Je nach Ausbaustandard werde die Miete bei 4,50 Mark bis 6,50 Mark liegen. „Das wird dann aber auch langfristig gehalten, lediglich die Bewirtschaftskosten können steigen." Nachdem Heiner Rüschenschmidt von der Selbsthilfe-Genossenschaft Linden – die erste Genossenschaftsgründung in Hannover nach dem Krieg und Vorbild für die Nordstädter Aktivisten – „solidarische Grüße" der seit fünf Jahren bestehenden Lindener Organisation überbracht hatte, setzte ein Frage- und Antwortspiel um den Satzungsentwurf ein, an dem an diesem Abend jedoch nichts Wesentliches geändert werden konnte. Warum, erläuterte Thomas Dessel:

Als die Informationsstunde beendet war, rissen sich die Gäste kurzzeitig um die Blankoformulare für die Anteilsscheine.

Der jetzt vorgelegte Entwurf zur Gründungsversammlung, orientiert an der Lindener Satzung und anderen Genossenschaften in Frankfurt und Hamburg, sei noch am Montag mit dem Amtsgericht und dem Niedersächsischen Genossenschaftsverband abgesprochen und als anerkennungsfähig bezeichnet worden. „Änderungen in den nächsten Mitgliederversammlungen sind selbstverständlich möglich, heute sollten wir diesen Entwurf verabschieden." Einen Änderungsantrag übrigens bekam der Woge-Vorstand am Ende der Versammlung bereits mit auf den Weg, nachdem sich eine junge Frau darüber beschwert hatte, daß in der gesamten Satzung immer nur von „Genossen" die Rede sei, nicht aber auch von der Möglichkeit, daß weibliche Mitglieder Anteile zeichnen könnten. Also soll in nächster Zeit die Satzung auch auf „Genossinnen" erweitert werden.

Eindeutig klargestellt wurde von Dessel und anderen aus der Vorbereitungsgruppe, daß über die 1000 Mark, die jeder als Anteil einbringen müsse, keine Nachschußpflicht bestehe. Sollte die Genossenschaft in wirtschaftliche Probleme geraten und die Mitgliederversammlung einen „Nachschuß" beschließen, habe jeder das Recht, vorher auszutreten. Fragen nach möglichen Gewinnen, die aus der Erfahrung der Lindener Genossenschaft – die mit hundert Genossen heute 14 Häuser trägt – nach fünf bis zehn Jahren entstehen könnten, wurden mit der Bemerkung registriert, eine echte Gewinnausschüttung sei beim genossenschaftlichen Solidarprinzip kaum denkbar. „Gewinne werden entweder in Hausinvestitionen gesteckt oder damit die Mieten gesenkt", erklärte GABL-Ratsherr Peter Bulle, der später in den Aufsichtsrat gewählt wurde.

Frank Puin und andere Besucher kritisierten, daß die Stadt bisher nur ein Haus in der Strangriede zur Übernahme in Aussicht gestellt habe. „Das ist ein bißchen dürftig, mit fünf oder sechs hätten wir schon anfangen sollen", hieß es, noch bevor feststand, wieviele Genossen Anteile zeichnen und damit für das entsprechende Anfangskapital sorgen würden, über das dann erst mit den Banken um